

30. Dezember 2009

Hartz IV bekämpft Arbeitslose, nicht die Arbeitslosigkeit

DIE LINKE sieht keinen Grund zu feiern

Das Hartz IV Gesetz hat Geburtstag. Fünf Jahre wird es alt. Nachdem es unter Mitwirkung von SPD, Grünen, CDU und FDP im Bundesrat verabschiedet wurde, trat es am 1. Januar 2005 in Kraft. Michael Pusch, Kreisverbandssprecher und Landtagskandidat der Partei DIE LINKE, nimmt dies zum Anlass, Bilanz zu ziehen: „Die Armut hat in diesen fünf Jahren dramatisch zugenommen. Das Gesetz steht nicht für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik, sondern vielmehr für eine breite gesellschaftliche Verarmung.“

Es habe lediglich die Struktur der Arbeitsverhältnisse verändert, anstatt Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. So seien die Löhne in den Keller gesunken, Tariflöhne seien von Ein-Euro- und Mini-Jobs sowie von befristeten Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnissen mit Niedriglohn abgelöst worden. Aber die Langzeitarbeitslosigkeit sei in Nordrhein-Westfalen immer noch genauso hoch, wie vor fünf Jahren.

Mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II hat die Rot-Grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die Zumutbarkeitsregelungen für Langzeitarbeitslose verschärft. Damit ist laut Almut Langer, Sprecherin der Linken im Kreis, das Armutsrisiko selbst für diejenigen gestiegen, die unter Hartz IV wieder eine Arbeit gefunden haben.

Aber auch die Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet haben, fallen mit dem Gesetz ins Loch der Armut. Almut Langer wörtlich: „Die Väter des Gesetzes haben angenommen, die Erwerbslosen seien selbst schuld an ihrem Schicksal und haben mit Hartz IV einen staatlichen Apparat der Repression aufgebaut. Sie haben nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft, sondern die Arbeitslosen.“

„Nach den fünf Jahren der gesetzlich verordneten Armut, der Repressionen und der gesellschaftlichen Ausgrenzung von Arbeitslosen ist es endlich an der Zeit umzudenken“, verlangt Johann Roumee, Landtagskandidat in Gütersloh, und fordert, Hartz IV sowie die Ein-Euro-Jobs abzuschaffen. Stattdessen solle Arbeitslosigkeit bedarfsgerecht abgesichert, Mindestlöhne eingeführt und öffentlich geförderte, dauerhafte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgebaut werden.

Von den Verantwortlichen im Kreis fordert der Kreisverband der LINKEN, von jeglichen Zwangsmaßnahmen, Leistungskürzungen und Zwangsumzügen abzusehen. Denn die Würde und Privatsphäre aller Menschen gelte es ohne Einschränkung zu respektieren.

22. Dezember 2009

DIE LINKE.Gütersloh wünscht ein friedliches Weihnachtsfest!

Deshalb Bundeswehr raus aus dem Kreis Gütersloh

Regelmäßig tritt die Bundeswehr bei der GT aktiv GmbH und in den Rathäusern von Rheda-Wiedenbrück, Halle und Versmold auf. Auch in den Schulen unseres Kreises wird das Stück

gern aufgeführt. „Zukunftsperspektive Bundeswehr“ heißt das Märchen. Darin geht es um ein global tätiges Unternehmen, das jungen Menschen Ausbildung, Studium und Beruf bietet. Kostenlos und ohne Bafög-Probleme! Selbst für ungelernete Kräfte sei das „Großunternehmen“ attraktiv, biete Ausbildungsplätze in rund 100 Berufen und etwa 30 Studiengänge. Wünsche, die der reale Kapitalismus sonst nicht mehr erfüllen kann, werden hier wahr.

Aber auch die Wünsche des deutschen Noch-Oberst Klein. „Am 4. September um 1.51 Uhr entschloss ich mich, zwei am Abend des 3. September entführte Tanklastwagen sowie an den Fahrzeugen befindliche INS durch den Einsatz von Luftstreitkräften zu vernichten“ So schrieb er an den Generalinspekteur der Bundeswehr. Das ist ihm gelungen. Herzlichen Glückwunsch! INS allerdings sind zu Deutsch „Aufständische“, also Menschen. Unter den rund 142 Opfern sind nach Informationen des Roten Kreuzes 74 Zivilisten, darunter 8-jährige Kinder! Welches Kürzel kennt der Krieg für diese Opfer?

Die Realität ist grausamer als das Märchen!

Schließlich ist ein „Lügen-Baron“ Kriegsminister und der Friedensnobelpreisträger ist ein Kriegsherr. Obama verdreifacht die US-Truppen in Afghanistan und ernennt Stanley A. McChrystal zum Oberkommandierenden in Afghanistan. Dieser hat fünf Jahre lang Hand in Hand mit den Söldnern (=Killern) der Firma Blackwater Jagd auf „Taliban“ und „Talibanverdächtige“ gemacht. Ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung.

Ist es strafbar, jetzt an Tucholsky zu denken? Sind Soldaten und Soldatinnen, übrigens eine merkwürdige Art der „Emanzipation“, vielleicht doch MörderInnen?

Auf jeden Fall sind sie Selbstmörder und Opfer, gezeichnet für ihr Leben. Immer mehr Soldaten kommen traumatisiert von Auslandseinsätzen zurück.

„Der Kreisverband DIE LINKE. Gütersloh ist entsetzt über die Verantwortungslosigkeit der zuständigen Stellen an Schulen, im Kreis und in den Kommunen. Wir sind der Überzeugung, dass der Bundeswehr kein öffentlicher Raum geboten werden darf um Kanonenfutter zu werben,“ so Marco Lehmann, Sprecher der Linksjugend.

„Wir fordern ein Ende der zahlreichen milliardenschweren Rüstungsprojekte und eine drastische Kürzung der Rüstungsausgaben. Das Geld wird dringend gebraucht zur Schaffung von zivilen Arbeitsplätzen. Kein Kriegsspielzeug und keine Killerspiele, sondern kostenlose Bildung von der Kita bis zur Uni, bessere Schulen und Ausbildungsplätze brauchen wir“ fordert Varia Antares, Schülerin und stellv. Sprecherin der Linken im Kreis.

„Vom Christkind, vom Baron Münchhausen und von Käpt'n Blaubär lassen wir uns gern belügen. Einen Kriegsminister, ob er lügt oder nicht, brauchen wir aber nicht!“ erklärt Marco Lehmann, zugleich stellvertretender Sprecher des Kreisverbandes.

In diesem Sinne wünscht der Kreisverband DIE LINKE.Gütersloh allen Menschen im Kreis ein friedliches Weihnachtsfest und ein gutes, weil kämpferisches Neues Jahr!

Varia Antares, stellv. Sprecherin, Marco Lehmann, stellv. Sprecher

Almut Langer, Sprecherin, Michael Pusch, Sprecher

Kreisverband DIE LINKE.Gütersloh

3. Dezember 2009

Kommunen im Kreis am Abgrund!

DIE LINKE Kreis Gütersloh verlangt grundlegenden Richtungswechsel

Vor der Wahl schien noch fast alles in Ordnung. Jetzt sind sie mit einem Mal da, die riesigen Löcher! Ob im Haushalt des Kreises oder in den Stadtsäckeln von Gütersloh, Rheda–Wiedenbrück, Versmold und Borgholzhausen, überall fehlen Millionen. Sogar das Gespenst der „Haushaltssicherung“ geht um. Wenn die Bezirksregierung das Zepter in die Hand nimmt, würden die gewählten Stadträte zur Farce! Bürgerinnen und Bürger träfen härteste Sparmaßnahmen.

Einen kleinen Vorgeschmack auf Kommendes liefert die Stadt Gütersloh. Gerade mal 10 Monate ist es her, da legte der Stadtrat weit reichende Gebührenerhöhungen und Kürzungen im Volumen von knapp 11 Mio. € vor. Jetzt liegt das Defizit bei 26,9 Millionen € Zuschüsse für Vereine und freiwillige Leistungen werden pauschal um 20 % gekürzt. Abwasser, Restmüll und Hundesteuer werden teurer. Jugendtreffs, Spielplätze, Ferienspiele und Aids-Prävention, überall wird massiv gestrichen. „Gütersloh droht auf breiter Front der Verlust kultureller und sozialer Errungenschaften“, so Die Weberei, der Kunstverein Kreis Gütersloh und das Stadtmuseum Gütersloh in einer gemeinsamen Erklärung.

Dem Kreis geht es nicht besser. Gekürzt wird bei der Kreismusikschule, Leistungen bei der interdisziplinären Frühförderung von behinderten Kindern sollen ebenso auf den „Prüfstand“ wie die Ausgaben der Jugendhilfe. „Man müsse jetzt auch über eine Erhöhung von Elternbeiträgen im Bereich der Kindergärten sprechen“, so Landrat Adenauer weiter.

„Kurzfristig wäre es, allein die Finanz- und Wirtschaftskrise für die Situation der Kommunen verantwortlich zu machen. Bereits die Steuersenkungsorgien von Rot-Grün und Großer Koalition bescherten den Kommunen Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Zudem lässt der Bund die Kommunen auf Milliardenkosten sitzen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit, bei den Kindertagesbetreuungsangeboten für unter Dreijährige und den Kosten der Unterkunft,“ nimmt Johann Roumee, Landtagskandidat aus Gütersloh, die Bundespolitik in die Pflicht.

Wenn wir, wie Kreiskämmerer Ingo Kleinebekel feststellt „mit hoher Geschwindigkeit in eine Sackgasse hineinfahren und zwangsläufig mit einem heftigen Knall vor der Mauer... landen“ gibt es doch nur eine Option: einen grundlegenden Richtungswechsel. DIE LINKE will eine breitere und weniger konjunkturabhängige Bemessungsgrundlage für die Gemeindesteuern. „Wir wollen die Gewerbesteuer zur Wertschöpfungssteuer weiterentwickeln und den kommunalen Anteil an Einkommens- und Umsatzsteuer erhöhen, damit nicht jeder Wirtschaftseinbruch gerade die Kommunen hart trifft. Außerdem muss der Kampf zwischen den Gemeinden um die niedrigsten Hebesätze endlich aufhören. Wir verlangen eine stärkere Beteiligung von Bund und Land an den Sozialleistungen der Kommunen, mehr Mitentscheidungsrechte der Kommunen in der Steuergesetzgebung. Auch Konzerne und Reiche dürfen sich gerne beteiligen, wenn es darum geht, den Gemeinden wieder finanziell auf die Beine zu helfen!“ zieht Manfred Reese, Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Gütersloher Stadtrat, die einzig richtigen Schlüsse.

„Es wundert uns nicht, dass Frau Unger, Herr Adenauer und all den anderen Kommunalpolitikern nichts anderes einfällt als sich hinter Sachzwängen zu verstecken und zu kürzen und zu streichen. Wollten sie wirklich die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler vertreten, müssten sie sich mit ihren Parteifreunden in Land und Bund anlegen. Also mit jenen, die für die Misere der Kommunen verantwortlich sind,“ so Michael Pusch, Sprecher des Kreisverbandes. „DIE LINKE dagegen kämpft in Land und Bund konsequent für eine gerechte Steuerpolitik und eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen,“ so der Kandidat im Landtagswahlkreis 94 weiter.

DIE LINKE.Gütersloh nominiert Johann Roumee mit großer Mehrheit zum Landtagskandidaten



DIE LINKE macht die Wahlen spannend!

Am letzten Montag haben DIE LINKEN aus Gütersloh, Herzebrock-Clarholz und Harsewinkel ihren Landtagskandidaten gewählt. Johann Roumee tritt für die Linke im Wahlkreis 95 an. Der 36-jährige dreifache Vater und selbstständige IT-System-Kaufmann erhielt viel Beifall und kann mit viel Unterstützung rechnen. „Kostenlose Bildung für alle und die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund,“ sind für ihn die großen Herausforderungen dieser Zeit.

„Ein flächendeckendes Angebot an Gesamtschulen, gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse, kleinere Klassen, kleinere Gruppen, bessere Arbeits-, Lern- und Studienbedingungen“, nennt Johann Roumee nur einige der zwingend notwendigen Maßnahmen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung kürzt stattdessen das Bafög für Erzieherinnen und Erzieher. Ausgerechnet bei jenen wird gespart, die täglich spüren wie Eltern und Politik versagen!

Arbeitslosigkeit, Armut, Bildungsmisere: ein Teufelskreis, angetrieben von allen Regierungen der letzten Jahrzehnte!

„Jeder hat das Recht auf einen Mindestlohn, Hartz-IV muss weg und Leiharbeit muss eingeschränkt und besser bezahlt werden. Kinder haben ein Recht auf ausreichende und gesunde Ernährung,“ stellt Johann Roumee klar.

DIE LINKE will ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen für alle. Selbstverständlich aus ökologischem und regionalem Anbau.

DIE LINKE.NRW fordert auf Antrag der Gütersloher „Einen Sitzplatz für jede Schülerin und jeden Schüler auf der Fahrt im Bus“! Das bedeutet mehr BusfahrerInnen und mehr Busse. Eigentlich sinnvoll in Zeiten sterbender Speditionen, arbeitsloser LKW-FahrerInnen und stillstehender Fabriken!

Zum massiven Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs gibt es in Zeiten der Klimakatastrophe

sowieso keine Alternative.

Um Klima und Umweltpolitik geht es auch, wenn DIE LINKE die Überführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum verlangt. Von den kommunalen Stromversorgern erwartet DIE LINKE den Ausstieg aus dem Bezug von Atomstrom.

DIE LINKE hat die politische Landschaft aufgemischt. Schwarz-Gelb hat die Mehrheit im Land verloren. In ihrem Landtagswahlprogramm macht DIE LINKE jetzt klare Vorschläge zu einem radikalen Politikwechsel. Das Programm ist erhältlich im Internet unter www.die-linke-nrw.de oder als Broschüre bei DIE LINKE, Kreisverband Gütersloh, Postfach 2708, 33257 Gütersloh und info@die-linke-guetersloh.de.

19. November 2009

Auch Landrat Adenauer verstößt gegen Gesetz und Recht!

Die Linke fordert Aussetzung aller Abschiebungen im Kreis Gütersloh

Der 12-jährigen Anna Asatryan aus Rheda-Wiedenbrück droht die Abschiebung nach Armenien. Da ihre Mutter wegen mehrerer Diebstahldelikte verurteilt wurde, stehen Annas Chancen schlecht. Für den Kreis Gütersloh und Landrat Adenauer ein gefundenes Fressen, um an der Abschiebung festzuhalten.

Dabei nimmt es auch der Landrat nicht so genau mit Gesetz und Recht:

- Vor 3 Monaten untersagte das Bundesverfassungsgericht dem Kreis Gütersloh per einstweiliger Anordnung die Abschiebung eines Irakers.
- Die Abschiebung einer georgischen Familie aus Rietberg ist nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Minden rechtswidrig gewesen. Landrat Adenauer habe das verfassungsrechtlich verbürgte Recht der Kläger auf einen effektiven Rechtsschutz verletzt.

Der Kreis Gütersloh möchte der „familienfreundlichste Kreis in Deutschland“ werden. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik im Kreis Gütersloh allerdings ist familienfeindlich und menschenverachtend! Nur einige Beispiele:

In Versmold droht einer Frau und ihren drei Töchtern die Abschiebung nach Südossetien.

In Halle verurteilt das Amtsgericht einen jungen Mann, weil er seine Freundin in Essen besucht hat. Er hat gegen die „Residenzpflicht“ verstoßen, die ihm das Verlassen des Regierungsbezirks Detmold verbietet.

Anfang 2008 ließ die Ausländerbehörde des Kreises Gütersloh einen schwerkranken jungen Mann im Krankenhaus festnehmen und brachte ihn in Abschiebehaft.

Das sind nur sechs von zahlreichen Schicksalen hier im Kreis Gütersloh, von Zehntausenden in der Bundesrepublik. Zurzeit leben knapp 100.000 Menschen als so genannte Geduldete in Deutschland. Aufgrund von Residenzpflicht und Arbeitsverbot haben sie hier häufig keine Zukunftschancen. Mehreren tausend Menschen droht die Abschiebung. Sie sind deshalb gezwungen in die Illegalität abzutauchen, da ihnen hier – in einem der reichsten Länder der Welt – kein Asyl oder Aufenthaltsrecht gewährt wird.

Dabei hat kaum noch jemand die Chance, auf der Flucht vor Krieg, Unterdrückung, Hunger und Elend dieses Land zu erreichen. Stellten 1991 noch über 438.000 Menschen einen Antrag auf Asyl in Deutschland, so waren es letztes Jahr nur noch 28.000. Niemand allerdings zählt die Tausende, die auf dem Weg ins

„gelobte Land“ ihr Leben lassen.

Das Asylrecht, eine der größten Errungenschaften der Bundesrepublik, ist faktisch abgeschafft. Dabei zeigt die Herkunft der Flüchtlinge, wie groß die deutsche Verantwortung für das Elend in ihrer Heimat ist. Aus dem Irak, Afghanistan und dem Kosovo kommen die meisten Flüchtlinge. Aus Gebieten also, in denen Deutsche direkt oder indirekt an Krieg und Vertreibung beteiligt sind! Besonders bedroht sind die Sinti und Roma, denen bei einer Abschiebung in den Kosovo rassistische Verfolgung droht, die der kosovarischen Politik der ethnischen Säuberung entspricht.

DIE LINKE fordert deshalb die Aussetzung aller Abschiebungen im Kreis Gütersloh, Straffreiheit bei Verstößen gegen die Residenzpflicht und schließlich deren Abschaffung. Wir wollen eine Asylpraxis, die auf Integration setzt und nicht auf Abschiebung. [Siehe hierzu UN-Kinderrechtskonvention](#)

[Links zur Gütersloher Asylpolitik:](#)

www.emhosting.de/kunden/fluechtlingsrat-nrw.de/system/upload/download_1048.pdf

www.fluechtlingsrat-nrw.de/2735/index.html

<http://www.fluechtlingsrat-nrw.de/1397/print.html>

<http://www.ad-hoc-news.de/asylsystem-karlsruhe-stoppt-abschiebung-eines-irakers-nach--/de/Politik/2050252>

http://thecaravan.org/shresta_gopal

<http://www.hiergeblieben.de/pages/textanzeige.php?limit=50&order=datum&richtung=DESC&z=1&id=26360>

http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de/index.php?option=com_content&task=view&id=182

http://www.vg-minden.nrw.de/presse/pressemitteilungen/archiv/2007/122_18122007/index.php

9. November 2009

Gütersloher Linke sehr zufrieden mit dem Landtagswahlprogramm

Auf die vier Delegierten, Almuth Wessel, Varia Antares, Manfred Reese und Marco Lehmann wartete ein hartes Programm. Das ganze Wochenende lang wurde vor allem über den Programmentwurf und die rund 500 Änderungsanträge diskutiert. Aber der Einsatz lohnte sich, alle waren sehr zufrieden mit Verlauf und Ergebnis des Parteitages.

„Wir haben mit großer Mehrheit elementare Positionen beschlossen. Besonders wichtig ist mir die Bildungspolitik. Die Forderungen nach kostenloser Bildung von der Kita bis zur Uni, nach „Einer Schule für Alle“ und nach der Verkleinerung der Gruppen und der Klassen gehen in die passende Richtung. Sehr freut mich auch, dass der Antrag unseres Kreisverbandes bezüglich „einen Sitzplatz für jede und jeden im Bus zur Schule“ ohne Gegenstimme ins Programm aufgenommen wurde. Die große Aufbruchstimmung lässt für den anstehenden Landtagswahlkampf hoffen“, so Marco Lehmann, Delegierter und Sprecher des Ortsverbandes Vermold.

Das kostenlose Mittagessen für alle Ganztagschüler, bereits Bestandteil des Programmentwurfes, soll auf Antrag des Kreisverbandes Gütersloh aus ökologischem und vorrangig regionalem und saisonalem Anbau stammen. „Ein erster Schritt zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und zum Erhalt des ländlichen Raums“, stellt Michael Pusch, Sprecher des Kreisverbandes, fest.

Varia Antares freut sich über einen von ihr eingebrachten Antrag. Mit großer Mehrheit nahmen die Delegierten ihren Vorschlag an, in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen Speisen für Vegetarier und Veganer anzubieten.

„Dringend notwendig ist auch die geforderte Aufstockung der Mittel für Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Landesregierung die Gelder für Frauenhäuser kürzt und deshalb allein in NRW jährlich rund 5000 Frauen und Kinder keinen Schutz finden!“ empört sich die stellvertretende Sprecherin des Kreisverbandes.

„Der Kampf gegen die wachsende Armut, gegen Hartz IV, für eine Arbeitszeitverkürzung und ein Vergabegesetz, das Tariftreue und gerechte Löhne sichert, sind einige der Punkte die deutlich machen, dass nur **DIE LINKE** für soziale Gerechtigkeit streitet“, stellt Manfred Reese fest. „Auch der Datenschutz und der Widerstand gegen die Aufrüstung der Polizei, gegen die Erweiterung der Machtbefugnisse von Staatsschutz und Geheimdiensten sind Themen, die **DIE LINKE** seit langem fordert“, so der Gütersloher weiter.

„Der Landesparteitag zeigt, dass DIE LINKE als einzige Partei für den zwingend notwendigen grundlegenden Politikwechsel steht. Erfreulich die einstimmige Zustimmung zur Überführung der Energiekonzerne E.ON und RWE in öffentliches Eigentum. Vergesellschaftung, demokratische Kontrolle, sozialer und ökologischer Umbau, nur dieser Weg führt aus der Krise,“ so Michael Pusch.

28. Oktober 2009

DIE LINKE setzt auf Frauen und Jugend

Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE am letzten Montag in der Gaststätte Raschke begann mit einem großen Stühle rücken. Groß war der Andrang und gleich fünf neue Mitglieder stellten sich vor. Der Ausgang der Wahlen und der Entwurf des Landtagswahlprogramms wurden diskutiert. Zudem standen Nachwahlen zum Kreisvorstand und die Wahl von Delegierten zu Parteitag auf dem Programm.

Eine von Woche zu Woche steigende Zustimmung und schließlich mehr als 6,5 % der Zweitstimmen erlangte die Linke bei der Bundestagswahl. In 24 Wahlbezirken im Kreis kam DIE LINKE sogar auf mehr als 10 % der Stimmen. Ein gutes Ergebnis für einen noch kleinen Kreisverband mit klammen Kassen, dem auch noch manches daneben ging! Der Kreisverband bedankt sich bei allen UnterstützerInnen und allen WählerInnen.

„DIE LINKE hat zugleich viele neue Mitglieder gewonnen, in diesem Oktober mehr als je zuvor in einem Monat!“, so Michael Pusch, Sprecher des Kreisverbandes. „Gute Voraussetzungen um neue Stadtverbände zu gründen, die neu gewonnenen parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen und zugleich den außerparlamentarischen Widerstand zu stärken!“

„„Eine Schule für alle“ und kostenlose Bildung für alle Kinder vom Kindergarten bis zum Studium“, so sollte es in unserer Gesellschaft zur Normalität werden, bringt Marco Lehmann, Kinderpfleger und stellv. Kreissprecher, das zentrale Anliegen der Linken an die Landespolitik auf den Punkt.

Ebenso unstrittig ist die Forderung die Energiekonzerne zu vergesellschaften. Bereits zum Gründungsparteitag der Bundespartei brachte der Kreisverband Gütersloh mit großem Erfolg einen Antrag ein, der die Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum und deren demokratische Kontrolle forderte. Konsequenterweise fordert DIE LINKE alle Stadtwerke im Kreis als Eigenbetriebe zu führen und aus dem Bezug von Atomstrom auszusteigen.

Eine klare Mehrheit sprach sich überdies für die Forderung nach einem gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schülerinnen und Schüler aus. Religionsunterricht gern, aber freiwillig und dem Einfluss von Fundamentalisten aller Couleur entzogen. Um Schülerinnen und Schüler geht es auch bei zwei Zielen, die der Kreisverband im Landeswahlprogramm sehen möchte: „Einen Sitzplatz für jede Schülerin und jeden Schüler auf der Fahrt im Bus zur und von der Schule“ und die Einrichtung von Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagessen für alle unter Verwendung von Produkten aus vorrangig ökologischem, regionalem und saisonalem Anbau.

Mit großer Unterstützung wurden Almut Langer aus Rheda-Wiedenbrück zur neuen Sprecherin und Varia Antares, Schülerin aus Gütersloh, zur stellvertretenden Sprecherin des Kreisverbandes gewählt. Die 18-jährige Abiturientin, selbst Hartz-IV erfahren, verlangt: „Jeder Mensch soll eine Chance im Leben haben! Armut und Krankheiten dürfen kein unüberwindbares Hindernis im Leben der Menschen sein, wenn sie ihre Ziele verwirklichen wollen.“ Gemeinsam mit dem 22-jährigen stellvertretenden Sprecher Marco Lehmann aus Versmold wird sie der Jugend eine starke Stimme geben. Als neu gewählter Schatzmeister gehört auch Johann Roumee dem geschäftsführenden Vorstand an. Der 36-jährige selbstständige IT-System-Kaufmann und dreifache Vater: „Bildung und Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund sind die große Herausforderung für uns alle“.

Christiane Rosenow aus Gütersloh und Fritz Ludwig aus Rheda-Wiedenbrück verstärken als Beisitzer den Kreisvorstand. Auf dem Landesparteitag Anfang November vertreten Almuth Wessel, Varia Antares, Marco Lehmann und Manfred Reese die Gütersloher Linke.

DIE LINKE gewinnt, das Land verliert!

Mit Schwarz-Gelb in eine strahlende Zukunft?

Was vor 4 Jahren noch verhindert werden konnte, tritt jetzt ein, eine schwarz-gelbe Koalition wird das Land regieren. Als wenn Rot-Grün und die Große Koalition nicht schon genug Unheil angerichtet hätten! Anstatt auf soziale Gerechtigkeit und den ökologischen Umbau der Gesellschaft zu setzen, wird eine Politik verschärft fortgesetzt, die zu Hungerlöhnen, wachsender Armut und schließlich zur Finanz- und Wirtschaftskrise führte. Eine Politik, die trotz wachsendem Reichtum die Gesundheits- und Bildungspolitik verkommen lässt, mit verhängnisvollen Folgen für alle Betroffenen. Dazu als milliardenstarker Kniefall vor den Energiekonzernen der Abschied vom Ausstieg aus der Atomenergie, trotz Krümmel, Asse und Gorleben! Auch an ein Ende des Krieges der Bundeswehr in Afghanistan ist nicht mehr zu denken! Bis zu den NRW-Landtagswahlen im Mai nächsten Jahres können wir allerdings auf eine Schonfrist hoffen. Denn das Echo auf den zu erwartenden sozialen Kahlschlag dürfte die angeschlagene Rüttgers-Regierung kaum überstehen.

Spätestens dann wird uns aber die Rechnung präsentiert für das Versagen von Bankern, Managern und Politik! Schon jetzt fehlen fast 100 Mrd. € im kommenden Bundeshaushalt. Die finanzielle Situation vieler Kommunen und Länder und des Bundes ist bereits heute katastrophal. Das dicke Ende kommt aber noch: Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, sinkende Kaufkraft, sinkende Steuereinnahmen, sinkende Einnahmen der Sozialversicherungen.

Das wird ein böses Erwachen geben! Nicht nur für viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler und für viele, die CDU und FDP gewählt haben, sondern für uns alle. Oder glaubt jemand ernsthaft, Westerwelle, Guttenberg und Konsorten würden es wagen, die Profiteure der Krise zur Kasse zu bitten? Nicht „umsonst“ spendeten von 1998 bis 2008 allein die Banken und Versicherungen mehr als 8 Millionen € an CDU, CSU und FDP. Vorsichtshalber wurden außerdem SPD und Grüne mit mehr als 2 Millionen € beglückt.*

Es gilt also auch einer SPD zu misstrauen, die in der Opposition so tun wird, als hätte sie nicht 11 Jahre lang

das Land regiert. Ebenso leugnen die Grünen ihre Verantwortung für die Agenda 2010, haben sich als Friedenspartei verabschiedet und koalieren der Macht zuliebe mit Pro-Atom-Parteien.

So ist es einzig an der Linken, das Erbe der SPD in Sachen sozialer Gerechtigkeit anzutreten und als Nachfolgerin der Grünen für Frieden, Abrüstung und den ökologischen Umbau der Gesellschaft zu streiten. Trotz aller Erfolge der Linken, es reicht nicht, alle 4 Jahre zur Wahl zu gehen und die „Stimme abzugeben“. Im Gegenteil, es ist an der Zeit, den Mund aufzumachen! Es ist angesagt sich aktiv einzumischen. Ganz gleich ob in den Gewerkschaften, bei den Globalisierungskritikern, der Friedensbewegung und anderen Initiativen oder eben bei der Linken.

Eine starke Opposition in den Parlamenten muss getrieben werden von einer wachsenden Opposition auf der Strasse, in Schulen, Universitäten und Betrieben. Nur so kann der neoliberale Wahnsinn gestoppt werden!

Michael Pusch, Sprecher des Kreisverbandes, DIE LINKE. Gütersloh

* Quellen: Rechenschaftsberichte der Parteien nach dem Parteiengesetz (1998 – 2006) bzw. auf der Basis von Unterrichtungen des Bundestagspräsidenten an den Bundestag über die unverzügliche Anzeige von Spenden, die im Einzelfall 50.000 € übersteigen, veröffentlicht in Bundestagsdrucksachen (2007 – 2008).

Quelle: http://www.die-linke-guetersloh.de/die_linke/aktuell/aktuelles/